



Foto: Peter Meyer

Runter mit der Arbeitszeit

Zwölf Uhr mittags. Auf der „Zeil“, Frankfurts Hauptgeschäftsstraße, stehen 4000 Arbeitslose nach einem Topf dünner Suppe an, die die städtische Fürsorgestelle vor dem Kaufhof austellt. Die letzten 500 stehen vergeblich an. Um zwei Uhr ist die Suppe alle. Die „Fürsorge“ verschwindet in einer Seitengasse. Die Wut der Hungrigen bricht sich Bahn. Minuten später zersplittern die ersten Schaufenster. Von der Hauptwache her marschiert Polizei auf, knüpelt aufgebrachte Arbeitslose nieder. Abends vermittelt das Fernsehen aus vielen Städten gleiche Bilder. Bundesrepublik 1990.

Ohne drastische Verkürzung der Arbeitszeit werden 1990 sechs Millionen Menschen in der Bundesrepublik Arbeit suchen und nicht finden. Mindestens. Denn diese Zahl setzt bereits ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von drei Prozent bei einer Produktivitätssteigerung von vier Prozent voraus. Eine eher unwahrscheinliche Voraussetzung.

Wahrscheinlicher ist ein nicht mehr wachsendes Bruttosozialprodukt bei einer Produktivitätssteigerung von 2,5 Prozent. Dann werden 1990 acht Millionen Menschen Arbeit suchen und nicht finden.

Sechs oder acht Millionen Arbeitslose: Massenarbeitslosigkeit dieses Ausmaßes ist nicht finanzierbar. Das soziale System bricht dann zusammen. Massenelend und politische Radikalisierung wären die Folgen.

Wer noch Arbeit fände, hätte sie auf Abruf und wäre angesichts einer „Arbeits-Reserve“ von sechs bis acht Millionen Menschen praktisch rechtlos, seine Gewerkschaft wahrscheinlich zur Ohnmacht verdammt.

Programmierter Horror

Ein Horrorbild – aber keine Schwarzmalerei: Die IG Metall hat bereits die jetzigen Arbeitslosenzahlen vorausgesagt.

Ursache dieser Entwicklung ist nur zu einem kleinen Teil die allgemeine Wirtschaftskrise. Ursache der rapide zunehmenden Arbeitslosigkeit

ist vor allem die „technische Revolution“ durch die Mikroelektronik, die die Arbeitswelt schneller und umfassender verändern wird als zuvor der Einzug der Dampfmaschine und des Fließbands in die Betriebe.

● Durch den Einsatz der CNC-Technologie (Computer-Steuerung) werden im Maschinenbau, im Fahrzeugbau und in der Elektroindustrie über 100 000 Arbeitsplätze gefährdet.

● Industrie-Roboter können in der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und in der Elektroindustrie 160 000 Arbeitsplätze überflüssig machen.

● Prozeßüberwachung und -steuerung machen in der Stahlerzeugung, in der chemischen, petrochemischen, Glas- und Keramikindustrie etwa 115 000 Arbeitsplätze überflüssig.

● Durch den Einsatz neuer Techniken der Texterfassung und Textverarbeitung der Nachrichten-, Informations- und Kommunikationstechniken sowie der Datenerfassung und -verarbeitung können 2,4 bis 2,7

Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden.

● CAD-Einsatz (computergestütztes Konstruieren) bedroht 300 000 bis 400 000 Arbeitsplätze.

Das sind nur einige Beispiele. Die Einführung der Mikroelektronik kann insgesamt drei bis dreieinhalb Millionen Arbeitsplätze vernichten. Die Hälfte aller Arbeitsplätze wird grundlegend verändert werden.

Grenzen der Belastung

Ohne Arbeitszeitverkürzung muß in der Metallverarbeitung schon für 1986 mit knapp einer Million Menschen gerechnet werden, die dort Arbeit suchen und nicht finden.

Arbeitszeitverkürzung allein kann zwar die Probleme, die durch Rationalisierung über die Einführung von Mikroelektronik geschaffen werden, nicht lösen. Aber sie sichert Arbeit für Millionen Menschen.

Diesen starken Effekt hat jedoch im Gegensatz zur Arbeitgeber-Propaganda nur eine drastische Wochenarbeitszeitverkürzung, weil die

(Fortsetzung auf S. 14)



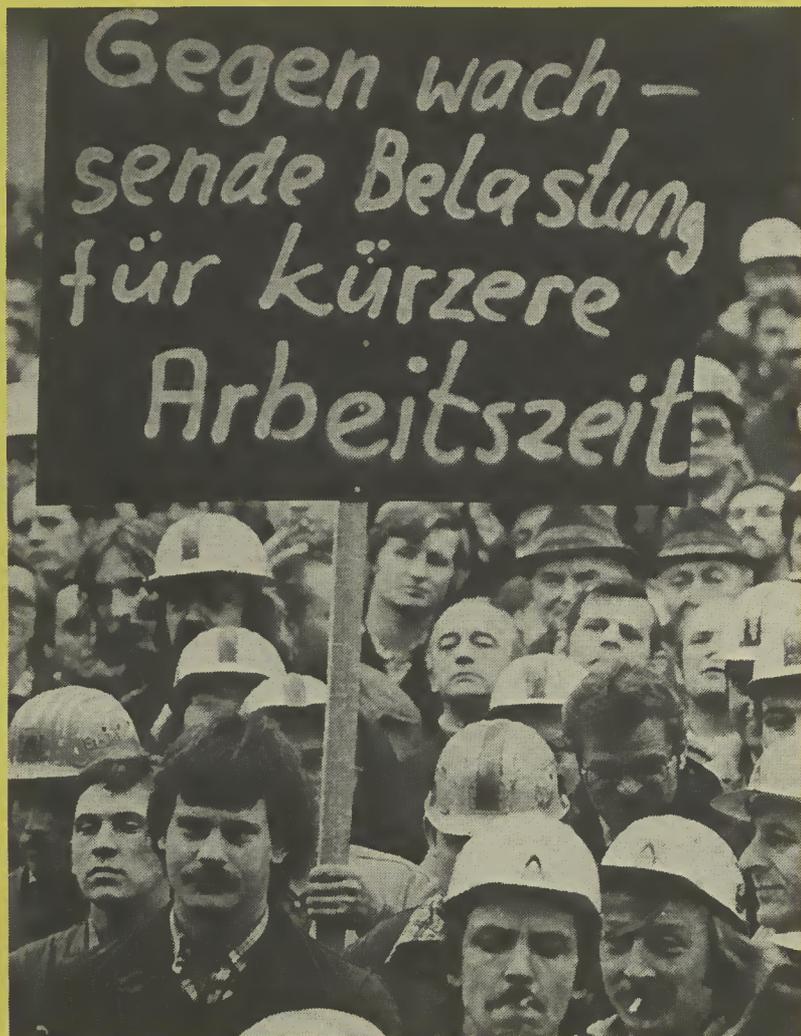


Natürlich.

Lebensarbeitszeitverkürzung in der Praxis vielfach schon gegeben ist. Allerdings begründet in einem Verschleiß der Gesundheit durch die Belastung am Arbeitsplatz, dem wiederum mit einer wöchentlichen Verkürzung der Arbeitszeit eher beizukommen ist als mit einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

1979 waren bereits 56,7 Prozent der „neuen“ Rentner und 54,4 Prozent der „neuen“ Rentnerinnen aus der Gruppe der Arbeiter erwerbsunfähig, sind also vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat errechnet, daß bis 1990 rund 1,3 Millionen Arbeitnehmer als Invalide aus dem Erwerbsleben ausscheiden – 1,2 Millionen der Arbeitnehmer sterben, bevor sie die Altersgrenze erreichen. Zusammen sind das mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmer, die die Altersgrenze nicht erreichen.

So verständlich also der Wunsch älterer Arbeitnehmer ist, früher aus dem Erwerbsleben auszuschneiden: Nur die Wochenarbeitszeitverkürzung kann dazu beitragen, daß die



Metaller demonstrieren für kürzere Arbeitszeit: Mehr Lebensqualität

Foto: Gernot Huber

Arbeitnehmer möglichst alle ihr Rentenalter überhaupt erreichen. Und nur die Wochenarbeitszeitverkürzung kann in größerem Umfang Arbeitsplätze sichern oder schaffen. In der Metallindustrie würden bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 60 Jahre nicht einmal 30 000 Arbeitsplätze gesichert.

Um die gleichen Beschäftigungswirkungen wie bei der 35-Stunden-Woche zu erzielen, müßte das Rentenalter auf unter 52 Jahre herabgesetzt werden!

Eindeutig widerlegt

Die Einführung der 35-Stunden-Woche würde selbst bei „Nullwachstum“ schon bewirken, daß es 1986 statt etwa 5,5 Millionen nur knapp über vier Millionen Arbeitslose gäbe.

Diese Zahlen sind keine willkürlichen Schätzungen. Die wissenschaftlich gesicherten Erfahrungen gehen davon aus, daß die Beschäftigungswirkung 50 Prozent der Arbeitszeitverkürzung beträgt. Ein Teil der Verkürzung wird nämlich durch Rationalisierung, Umorganisation der Arbeit und Leistungssteigerung – insgesamt also durch Produktivitätssteigerungen – aufgefangen.

Die Unternehmer haben sich noch nicht entschieden, ob sie lieber bei ihrer (eindeutig widerlegten) Behauptung bleiben wollen, Arbeitszeitverkürzung sei beschäftigungsunwirksam, oder sie sei zu teuer. Beides zusammen geht jedenfalls nicht: Wäre sie tatsächlich beschäftigungsunwirksam, entstünden schließlich keine Kosten durch Neueinstellungen. Notwendige organisatorische Umstellungen wären durch die nachweisbaren Produktivitätssteigerungen bei Arbeitszeitverkürzung mehr als „bezahlt“.

Tatsächlich hat die Einführung der 35-Stunden-Woche starke Beschäftigungswirkungen, aber sie kostet etwas. Allerdings: Sie kostet weit weniger, als die Arbeitgeberverbände behaupten. Sie unterstellen dabei, daß die IG Metall schlicht zusätzlich zu ihren sonst fälligen Lohn- und Gehaltsforderungen die 35-Stunden-Woche fordert. Die IG Metall ändert jedoch nicht den Gesamtumfang ihrer Forderung, sondern die Forderungsstruktur:

- Nach wie vor wird der Forderungsumfang mit dem notwendigen Ausgleich der Preissteigerungen, dem Zuwachs der Produktivität und mit dem notwendigen Beitrag zur Umverteilung begründet.
- Ein Teil der Forderung bleibt

Einkommensverbesserungen vorbehalten, der andere wird für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich reserviert.

- Die Einkommensverbesserungen werden also für den einzelnen Arbeitnehmer geringer ausfallen, als es sonst möglich wäre – zugunsten einer kürzeren Wochenarbeitszeit und damit zugunsten seiner Gesundheit und der Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes, damit also seines eigenen Einkommens überhaupt. Beides wäre ohne Arbeitszeitverkürzung gefährdet.

Ludwig Erhard, von vielen Arbeitgebern als „Erfinder“ der freien Marktwirtschaft für die Bundesrepublik angesehener erster Bundeswirtschaftsminister, bestellte 1963 ein Gutachten beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Das Institut bestätigte ihm damals zur Zeit der Hochkonjunktur: „Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß Arbeitszeitverkürzung in der Hochkonjunktur zurückgestellt und im Zeitpunkt konjunktureller Flauten – insbesondere als die Vollbeschäftigung bedroht ist – bevorzugt durchgeführt wird, wobei der volle Lohnausgleich garantiert sein muß, um die Deflationstendenzen nicht zu verstärken.“ (Deflation ist die unzureichende Versorgung der Volkswirtschaft mit Geld; also zum Beispiel durch Kaufkraftverlust der Arbeitnehmer.)

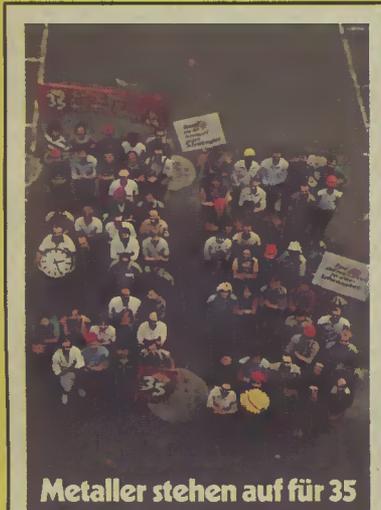
Kampf gegen Tabu

Die Unternehmer, 1963 von diesem Gutachten in ihrer Haltung gegen Arbeitszeitverkürzung bestärkt, wollen seine Argumentation nun plötzlich nicht mehr gelten lassen. Mit anderen Worten: Arbeitszeitverkürzung paßt ihnen weder bei Vollbeschäftigung noch bei hoher Arbeitslosigkeit.

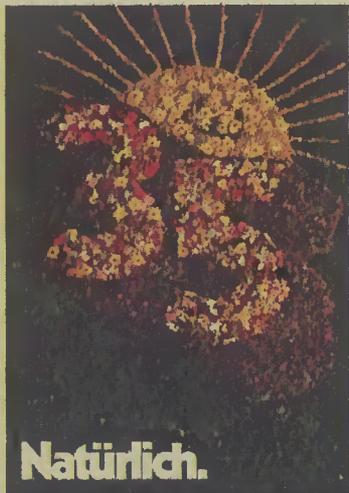
Sie haben dabei ein klares Interesse: Die vorhersehbare drastische Zunahme der Arbeitslosigkeit schreckt sie – wenn überhaupt – weit weniger als die Arbeitnehmer. Eine riesige „Arbeit-Reserve“ ermöglicht verschärften Leistungsdruck und stärkere Ausbeutung der Arbeitnehmer ohne starke Gegenwehr. Daß sie auch einen möglichen Demokratieverlust mit anderen Augen sehen, wissen wir spätestens seit der Endphase der Weimarer Republik. Obwohl sich die Arbeitszeitverkürzung zu einem großen Teil über die Produktivitätssteigerung selbst finanziert und der volle Lohnausgleich zur Abwendung von Massenelend notwendig ist, haben sie aus Eigeninteresse die geltende Arbeitszeit zu einem Tabu erklärt.

Sie setzen damit ihre Tradition der letzten 150 Jahre fort. Aber auch wir haben eine Tradition fortzusetzen: Von der 80-Stunden-Woche zur 40-Stunden-Woche sind die Arbeitnehmer in erster Linie durch Kampf gekommen.

Nils C. Nagel



Metaller stehen auf für 35



Natürlich.

METALL-Titel und METALL-Poster dieser Ausgabe sind für die Verwaltungsstellen demnächst auch als Plakat und als Postkarte erhältlich.